



vorwärts

HAMBURGER KURS

AUF DIE STRAÙE, GENOSSINNEN UND GENOSSEN!

Die SPD beteiligt sich an der Menschenkette zwischen Brunsbüttel und Krümmel *Von Olaf Scholz*

Wer hätte gedacht, dass wir jemals wieder gegen Atomkraft und für eine bessere Zukunft mit erneuerbaren Energien kämpfen müssen? Die Bundesregierung will den zwischen Rot-Grün und Stromkonzernen im Konsens verhandelten Atomausstieg kündigen. Auf Druck ebendieser Konzerne. Angeblich geht es um Versorgungssicherheit und Klimaschutz. In Wahrheit geht es um Milliardengewinne aus abgeschriebenen Atomanlagen.

Für den Herbst hat Bundesumweltminister Röttgen ein neues Energiekonzept angekündigt. Mit längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke, vergoldet durch staatliche Beteiligung an den Milliardengewinnen. So hätten es die schwarz-gelben Koalitionäre gerne.

Dieser Rückfall ins Atomzeitalter muss verhindert werden. Er wäre unverantwortlich auch im Hinblick auf künftige Generationen. Es gilt, die Zukunft der erneuerbaren Energien zu sichern. Deshalb müssen wir auf die Straße gehen und gegen die beabsichtigte Verlängerung von Laufzeiten demonstrieren.

Die Anti-Atom-Bewegung und ihre Verbände haben ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den schwarz-gelben Atomplan geschmiedet. Wir in Hamburg gehören dazu. Gemeinsam mit anderen atomkritischen Parteien und gesellschaftlichen

Gruppen, Jugendverbänden, Gewerkschaften und dem Bundesverband Erneuerbare Energie.

Am Samstag, 24. April 2010, soll es eine Menschen- und Aktionskette vom AKW Brunsbüttel bis zum AKW Krümmel geben. Personell und materiell unterstützt wird die „KettenreAktion“ durch unsere Landesverbände in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie durch das Willy-Brandt-Haus.

In Hamburg verläuft die Kette aus Schleswig-Holstein kommend über die westliche Landesgrenze quer durch Lurup, Bahrenfeld, Altona, St. Pauli mit Hafencity, Altstadt mit Rathausmarkt, Borgfelde, Hamm, Horn, Billstedt, Kirchsteinbek, Mümmelmannsberg, Lohbrügge und Bergedorf bis zur östlichen Landesgrenze. Dort übernehmen dann wieder die schleswig-holsteinischen Genossinnen und Genossen die Weiterführung. An unserer Hamburger Strecke werden in Abständen von durchschnittlich einem Kilometer örtliche Sammelstellen überwiegend an Bus-, U- oder S-Bahnhaltestellen eingerichtet. Hier sollen sich Demonstranten einfinden, von Standbetreuern informiert und auf den jeweiligen Streckenabschnitt eingeteilt werden. Insbesondere die streckennahen Kreise und Distrikte sind gefordert, sich tatkräftig einzubringen. Natürlich gibt es kräftige Unterstützung von den streckenfernen Kreisen und Distrikten sowie von allen anderen teilnehmenden Organisationen.



Es wird eine zentrale Kundgebung mit Prominenten aus Gesellschaft, Kultur und Politik geben, begleitet von spektakulären Aktionen. Als Austragungsorte sind der Rathausmarkt oder die Plaza auf der Überseebrücke im Gespräch. Es wird auch einige dezentrale Veranstaltungen an der Strecke selbst geben.

Die Aufgabe ist enorm. Sie erfordert eine gewaltige Informations-, Mobilisierungs- und Organisationsanstrengung von uns allen. Aber es lohnt sich. Die schwarz-gelbe Regierung muss spüren, dass sie nicht alles machen kann in diesem Land. Eine klare Mehrheit der Bevölkerung ist gegen Atomkraft. Wir sind es auch. Darum lasst uns zusammen mit der Anti-Atom-Bewegung Flagge zeigen!

Weitere Informationen: www.ausgestrahlt.de ■



Geplante Menschenkette von Brunsbüttel nach Krümmel: Die Strecke verläuft quer durch das Hamburger Stadtgebiet

SIGMAR GABRIEL IN HAMBURG



Mitgliederkonferenz
mit Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender

Freitag, 5. März, 18.00 Uhr
Congress Centrum Hamburg

Anmeldung: anmeldung@spd-hamburg.de
Telefon: 28 08 48 0

Hinweis: Angemeldete Personen haben keinen Anspruch auf Sitzplätze.



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

in diesen Tagen finden die Konsensgespräche zur Schulreform zwischen den Senatsparteien und der SPD statt. Ich meine, dass wir mit unserem Verhandlungsangebot den richtigen Weg eingeschlagen haben. Die Hamburger SPD zeigt ihren Willen zur politischen Gestaltung, kann bei ihren Positionen mit der Zustimmung der Bürger rechnen und hilft letztlich mit, in einer emotional geführten Debatte für Sachlichkeit und die nötige Unaufgeregtheit zu sorgen. Wir wollen eine Lösung, die langfristig trägt. Wenn die von uns angestrebte Vereinbarung über eine Schulstruktur für die nächsten zehn Jahre gelingt, dann wird das in erster Linie unser Verdienst sein – und das darf auch jeder wissen. Wir stellen unsere politische Handlungsfähigkeit damit in der Praxis unter Beweis. Mit den Beschlüssen unseres Parteitages „Unser Hamburg: stark und solidarisch“ legen wir zudem das politisch-inhaltliche Fundament für die Diskussionen der kommenden zwei Jahre.

Die Halbzeitbilanzen, die über Schwarz-Grün in den Zeitungen zu lesen sind, zeigen, dass der Senat weiterhin in der Defensive ist. Das wollen wir nutzen, um im Frühjahr der Stadt zu zeigen, dass wir immer noch die besten Kampagnen machen können – auch außerhalb von Wahlkämpfen. Wir beteiligen uns an der Menschenkette gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Bitte macht mit und sorgt dafür, dass diese Aktion bekannt wird! Wir müssen die Chance nutzen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung auf unserer Seite ist. Nähere Informationen dazu findet ihr in dieser Ausgabe des Hamburger Kurses.

Wenn wir es jetzt schaffen, mit viel Geduld und Beharrlichkeit andere von unseren Ideen zu überzeugen, werden wir auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen. Das erfordert viel Disziplin und Fleiß. Ich möchte an dieser Stelle allen, die der SPD in den vergangenen Monaten durch Besonnenheit und durch geschlossenes Auftreten zu einem positiven Erscheinungsbild verholfen haben, ausdrücklich danken. Und zur Erinnerung: Jede und jeder sollte nicht vergessen, warum diese Geschlossenheit notwendig ist und was unser Ziel für 2012 ist: ein Erfolg bei den Bürgerschaftswahlen.

Euer

Olaf Scholz

STOLPERSTEINE VOR DEM SPD-HAUS

Ehrung für Wilhelm Bock und Ludwig Wellhausen

Am 1. März werden um 16.00 Uhr vor dem Kurt-Schumacher-Haus „Stolpersteine“ für Wilhelm Bock und Ludwig Wellhausen eingeweiht. Anschließend findet eine Gedenkveranstaltung statt, auf der u. a. die Lebenswege der beiden Sozialdemokraten vorgestellt werden.

Ludwig Wellhausen war von 1926 bis Ende 1932 Parteisekretär in Hamburg und organisierte in dieser Funktion Massendemonstrationen, die sich auch gegen den aufkommenden Nationalsozialismus richteten. Noch Anfang 1933 folgte er einem Ruf als Bezirkssekretär der Magdeburger SPD. Ludwig Wellhausen beteiligte sich am Widerstand und unterhielt ein weitgespanntes Informationsnetz. Er wurde am 12.1.1939 verhaftet und kam nach schweren Misshandlungen ohne Gerichtsverfahren in das KZ Sachsenhausen. Dort starb er am 4.1.1940.



L. Wellhausen

Wilhelm Bock gehörte vor 1933 dem SPD-Landesvorstand an. Nach dem Verbot der SPD wurde in Hamburg eine illegale Parteiführung aufgebaut, die anfangs eigene Informationsblätter herausgab, später vor allem Informationen ins Ausland lieferte. Sie dienten zur Erstellung von Schriften, die als illegales Material wieder nach Deutschland transportiert wurden. Nachdem die Führungsspitze durch Verhaftungen mehrmals wechseln musste, gehörte Wilhelm Bock spätestens seit 1937 zu den Organisatoren der illegalen Aktivitäten und reiste dazu auch nach Kopenhagen. Am 3.3.1938 wurde Wilhelm Bock zusammen mit Robert Finne bei der Übergabe illegaler Schriften verhaftet. Nach der Verbüßung ihrer Haftstrafen wurden beide in das KZ Sachsenhausen überführt, wo beide, Robert Finne am 22.4.1940 und Wilhelm Bock am 21.8.1940, verstarben. ■



W. Bock

Stolpersteine:



Seit 1995 erinnert der Kölner Künstler Gunter Demnig mit seinem Projekt STOLPERSTEINE durch kleine Gedenksteine an Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vor deren früheren Wohnorten. Stolpersteine sind Betonwürfel im Format 10 x 10 x 10 cm, die auf ihrer Oberseite mit einer Messingplatte versehen sind, auf der die Lebensdaten eines Opfers eingraviert werden. Diesem Erinnerungs-Projekt haben sich seit Beginn ehrenamtliche Initiativen in zahlreichen Städten in Deutschland, Österreich, Ungarn und den Niederlanden angeschlossen. Im Sommer 2002 hat der Hamburger Peter Hess dieses Projekt in die Hansestadt geholt, wo seither über 2.000 Gedenksteine auf Gehwegen Hinweise auf ermordete Menschen aus Hamburg geben. Getragen wird das Projekt in Hamburg auch durch eine Reihe von Geschichtswerkstätten und Initiativen. Das Projekt wird durch Patenschaften finanziert und ist bei den Hamburger Bürgern auf eine bemerkenswert hohe Akzeptanz gestoßen.

EINLADUNG ZUR GEDENKVERANSTALTUNG

am 1. März um 16.00 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Kurt-Schumacher-Allee 10

mit Peter Hess, Initiative „Stolpersteine“

Ingo Egloff, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Krista Haase, Enkelin von Wilhelm Bock

Dr. Holger Martens, Vorsitzender der Historischen Kommission beim Landesvorstand der SPD Hamburg

„WAS BLEIBT NOCH AN BILDUNG FÜR UNS ÜBRIG?“

Juso-Diskussion über die Schulreform

Am 15. Februar veranstalteten die Jusos Rahlstedt-Oldenfelde-Meiendorf eine Podiumsdiskussion zur anstehenden Schulreform. Unter dem Motto „Was bleibt noch an Bildung für uns übrig?“ diskutierten interessierte Bürgerinnen und Bürger mit den Gästen auf dem Podium am Gymnasium Oldenfelde. Neben Vertretern der Schüler- und Lehrerschaft des Gymnasiums und den Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft Marino Freistedt (CDU), Michael Gwosdz (GAL) und Ties Rabe (SPD) saß auch Walter Scheuerl (Initiative „Wir wollen lernen“) in der Runde. Viele der etwa 80 Besucher nahmen die Möglichkeit wahr, ihre Fragen zu stellen. Dabei standen ganz unterschiedliche Aspekte, wie das Elternwahlrecht, die Wirksamkeit des längeren gemeinsamen Lernens oder die geplante Einführung der Primarschule im Mittelpunkt.

Sowohl die GAL und die CDU als auch die Initiative zeigten, dass eine Einigung zwischen ihnen vor der Beantragung des Volksentscheides am 18.3. eher nicht zu erwarten ist, obwohl beide Seiten ihre Bereitschaft zu weiteren Gesprächen bekräftigten.

Nach einer zweistündigen Debatte endete die Runde und viele Bürgerinnen und Bürger erklärten, dass die Veranstaltung nicht nur gelungen, sondern auch wichtig war. „Wir haben das möglich gemacht, was Schwarz-Grün bisher nicht geschafft hat. Wir haben eine Brücke zwischen Bürgern und Politik gebaut und hiermit ein Forum geschaffen. Immerhin ist Bildung ein Thema, das alle betrifft und wo auch alle Meinungen und Ansichten gehört werden müssen“, erklärte Rahlstedts Jusogruppen-Vorsitzender und Moderator der Diskussionsrunde Justin Grapentin. Besonders erfreulich war ebenfalls, dass viele junge Menschen anwesend waren. Die Jusos in Rahlstedt hatten unter dem Konzept „Von jungen Menschen, für junge Menschen“ die Idee von der Veranstaltung umgesetzt. „Wir wollen zeigen, dass die SPD sich vor Ort engagiert und die Themen der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt“, so Grapentin weiter. Aktuelle News und Infos über Veranstaltungen und andere Vorhaben gibt es hier: www.jusos-wandsbek.de ■

NEUES AUS EUROPA

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

der Februar war ein guter Monat für das Europäische Parlament. Es hat gezeigt, dass es die mit dem Lissabon-Vertrag übertragenen neuen Rechte ernst nimmt. Ich spreche von der Ablehnung des sogenannten SWIFT-Abkommens zwischen der EU und den USA. Mit dem Vertrag räumte die EU den USA das Recht ein, die Daten von europäischen Bankkunden anzufordern, um sie auf terroristische Aktivitäten zu überprüfen. Bürgerrechte, wie der Datenschutz, waren nicht bzw. nicht ausreichend gewahrt.

Zunächst hat die CDU/EVP-Fraktion noch versucht, das Abkommen durch Verschiebung der Parlamentsabstimmung zu retten, aber eine knappe Mehrheit (Grüne, Linke, Liberale und Sozialdemokraten) durchkreuzte den Plan. Am Ende stimmten nur rund 190 Abgeordnete dem Abkommen zu. Die Ablehnung war überwältigend und sie war gerechtfertigt. Terrorismusbekämpfung ist wich-

tig, aber kann doch nicht bedeuten, dass wir die Bürgerrechte immer weiter zurück schrauben ohne wirkliche Zugewinne an Sicherheit. Es ist nicht erwiesen, dass der Transfer von Hunderttausenden von Bankdaten unverdächtiger europäischer Bürger wirkungsvoll zur weltweiten Terrorbekämpfung beiträgt.

Die Kommission und der Europäische Rat haben gewusst, welche Bedenken das Parlament hat, und dass es „nach Lissabon“ neuerdings solchen Verträgen zustimmen muss. In Zukunft werden diese Gremien das Europäische Parlament ernst nehmen, damit sie nicht, wie jetzt bei SWIFT, bereits unterschriebene Verträge mit Drittstaaten wieder zurück ziehen müssen.

Dieser Vorwärts-Ausgabe liegt erstmalig der „Kurs:Europa“ bei. Dreimal im Jahr will ich mich auf diesem Wege direkt an die Mitglieder der Hamburger SPD wenden. Aber ich hoffe, dass auch die Veranstaltungen auf Euer Interesse stoßen: im Februar begann es mit der Podiums-



diskussion zur Hafenpolitik, im März ist eine Veranstaltung zum Thema „Finanzhilfe für Griechenland?“ geplant und am 3. Mai gibt es die erste Veranstaltung gemeinsam mit der Bürgerschaftsfraktion (Daseinsvorsorge).

Infos erhaltet Ihr rechtzeitig über die Homepage www.knut-fleckenstein.eu oder über mein Hamburger Büro, Tel: 280 955 82.

Euer

Knut Fleckenstein

**FRAGEN?
SORGEN?
PROBLEME?
ANREGUNGEN?**

**WIR SIND FÜR SIE DA!
SPD BÜRGERBÜRO**

Kurt-Schumacher-Allee 10,
20097 Hamburg,
Tel.: 280 848 32
Di · Mi · Do:
14.00 - 16.00 Uhr

DER SENAT AUF TAUCHSTATION

Die SPD setzt „Hafenprivileg“ durch

Seit Wochen wird in der Hamburger Bürgerschaft über das so genannte „Hafenprivileg“ gestritten. Das „Hafenprivileg“ war eine Regelung im Hamburger Naturschutzgesetz, die den Hafen weitgehend von Ausgleichsmaßnahmen freistellte.

Nachdem nun das neue Bundesnaturschutzgesetz im Zuge der Föderalismusreform von Bundestag und Bundesrat verabschiedet worden war, galt es, eine neue Regelung für den Hamburger Hafen zu finden, weil auch unter Geltung der neuen Regelungen Ausnahmen der Länder zulässig sind, wenn sie nicht gegen den Kern des neuen Bundesgesetzes verstoßen. Ohne Ausnahmeregelung würden auf den Hafen Zusatzkosten von bis zu 100 Millionen Euro zu kommen.

Der schwarz-grüne Senat war hier auf Tauchstation gegangen, weil man sich mal wieder nicht einigen konnte. Die grüne Umweltbehörde wollte keine Ausnahme. Der schwarze Wirtschaftsminister konnte sich nicht durchsetzen. Und das in einer Situation, bei der die zukünftige Hafenfinanzierung unsicher ist, weil das Prinzip „Hafen finanziert Hafen“, das der schwarz-grüne Senat sich ausgedacht hatte, nicht funktioniert. Der Hafen hat darüber hinaus zur Zeit Einbußen von bis zu 30 % im Umschlag.

Wie dramatisch die Situation im Hafen ist, erfuhren der Landesvorsitzende Olaf Scholz, Fraktionschef Michael Neumann und andere Abgeordnete auf dem Hafentisch, das die SPD-Fraktion im Rathaus organisiert hatte. Daraufhin beschloss die Fraktion zu handeln und in der Bürgerschaft selbst einen Gesetzentwurf einzu-

bringen. Dies setzte insbesondere die CDU-Fraktion heftig unter Druck, nachdem einzelne CDU-Abgeordnete erklärt hatten, dass sie mit der SPD stimmen würden, nachdem die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hatte. Der Senat verkündete daraufhin, er würde jetzt selbst einen Gesetzentwurf einbringen. Die Koalition entging der Abstimmung durch Überweisung des SPD-Antrages in die Ausschüsse.

Natürlich wurde in der Debatte insbesondere von den Grünen der alte Vorwurf erhoben, die SPD hätte nicht begriffen, dass man jetzt Ökologie betreiben müsse. Dies wurde in der Debatte vom Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ingo Egloff zurückgewiesen. Egloff: „Niemand verliert hier die Ökologie aus dem Blick. Aber es ist doch ein Unterschied, ob man eine jetzt schon als Hafenanlage genutzte Fläche wie den Eurogate-Terminal oder den Burchardkai umbaut und erweitert, oder ob man irgendwann einmal bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen in Industrie- oder Hafengebiet verwandelt. Sollte es jemals zu Hafenbaumaßnahmen in Moorburg kommen, muss man natürlich eine Umweltverträglichkeitsprüfung machen und Ausgleichsmaßnahmen vornehmen. Wenn man aber eine Fläche, wie im mittleren Freihafen, die seit über 100 Jahren industriell und hafennützlich genutzt wird, jetzt umbaut, ist doch nicht einzusehen, dass hier 12 Millionen Euro Ausgleichsgelder fällig werden sollen, wie der Senat auf eine Anfrage unseres Abgeordneten Peter Tschentscher mitteilte. Nur darum geht es uns. Das versteht keiner und das ist Unsinn.“



Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Schwinke, stellte fest, dass der Hafen bei der CDU in schlechten Händen sei und der GAL sei der Hafen schon immer egal gewesen. „Deshalb werden wir als SPD-Fraktion darauf achten, dass das neue „Hafenprivileg“ auch wirklich im April kommt, wie der Senator nach dem Druck der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft erklärte.“ Egloff: „Der Hafen und die 160.000 Menschen, die in der Metropolregion davon leben, können sich auf die SPD verlassen. Wir werden hier mit Augenmerk eine Politik betreiben, die dem Hafen seine Entwicklungschance lässt und die Ökologie nicht vernachlässigt. Das Einlenken des Senats ist ein Sieg der Vernunft.“ ■

AUSZEICHNUNG FÜR POLITISCHE PROJEKTE

Elisabeth-Ostermeier-Preis wird zum ersten Mal verliehen

Die SPD Hamburg will in diesem Jahr zum ersten Mal herausragende Projekte der stadtteilbezogenen politischen Arbeit mit einem Preis ehren. Damit sollen politische Projekte von SPD-Kreisen und -Distrikten gefördert werden, die geeignet sind, die Vernetzung der Partei vor Ort zu stärken. Bereits vorhandene Projekte sollen so gefördert und gleichermaßen Anreize für neue innovative Vorhaben geschaffen werden. Der nach der langjährigen SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Elisabeth Ostermeier benannte Preis soll künftig alle zwei Jahre auf dem ordentlichen Landesparteitag verliehen werden. Erstmals wird die Preisverleihung auf dem Parteitag im Juni dieses Jahres stattfinden.

Bewerben können sich Distrikte, Arbeitsgemeinschaften auf Kreis- oder Distriktebene sowie Projektgruppen der Kreise und Distrikte. Die Projekte müssen stadtteilbezogen und ein Beispiel dafür sein, dass die SPD im Stadtteil verankert und nahe bei den Menschen ist. Die Projekte sollten innovativ sein und anderen Gliederungen der Partei Anregungen da-

für bieten, wie gelungene Stadtteilarbeit aussehen kann. Es muss sich dabei um Projekte handeln, die bereits umgesetzt wurden oder sich in der Umsetzung befinden, Gegenstand können dabei sowohl Einzelprojekte als auch Kampagnen oder auf Dauer angelegte Vorhaben sein. Der Bewerbung soll eine Projektbeschreibung beigefügt sein, die Angaben über Ziel des Projekts, eine Beschreibung der Planung und der Umsetzung, eine Aufstellung über den personellen, zeitlichen und finanziellen Aufwand, die Beschreibung der Methodik sowie das Ergebnis und eine Erfolgsbeschreibung (wie wird der Erfolg des Projekts gemessen) enthält. Eine Jury wählt mehrere Projekte aus, die während des Landesparteitages im Foyer vorgestellt werden. Es werden drei Preisträger ausgewählt, die Geldpreise erhalten (1. Preis: 500 Euro; 2. Preis: 300 Euro und 3. Preis: 200 Euro). Zusätzlich wird ein Delegiertenpreis vergeben, bei dem der Sieger den Erlös einer Sammlung unter den Delegierten des Parteitages erhält. Bewerbungen nimmt die SPD-Landesorganisation entgegen. ■

ELISABETH OSTERMEIER

Elisabeth Ostermeier (1913 – 2002) wurde im Alter von 13 Jahren Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). 1931 trat sie in die SPD ein. Elisabeth Ostermeier hatte in einer Schlachtereierzeugungsgenossenschaft eine Lehre als Verkäuferin absolviert und arbeitete dort bis zu ihrer Entlassung 1933 durch die Nationalsozialisten. Im Dezember 1933 fand sie wieder eine Anstellung in der Bäckerei des ehemaligen Redakteurs des sozialdemokratischen Volksblattes, Ernst Tessloff. Ernst Tessloff und sein Bruder hatten die alte Allermöher Bäckerei ihrer Eltern wieder in Betrieb genommen, nachdem alle sozialdemokratischen Zeitungen verboten worden waren. Von der Bäckerei aus organisierte Tessloff den sozialdemokratischen Widerstand im Bereich Harburg. 1935 heiratete Elisabeth Ostermeier und zog mit ihrem Mann nach Minden. Am 18. Dezember 1936 holte die Gestapo sie dort ab. Ihre Widerstandstätigkeit war verraten worden. Sie wurde nach Hildesheim ins Gefängnis gebracht, wo sie Monate in einer Einzelzelle verbrachte. 1946 wurde Elisabeth Ostermeier Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, der sie 32 Jahre angehörte. Sie engagierte sich im Bereich der Jugend- und Sozialpolitik sowie im Arbeitsrecht.



IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Hamburg
V.i.S.d.P.:
Karin Timmermann
Redaktion:
Jörg Schmoll
Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe:
15. März 2010
Anschrift:
Kurt-Schumacher-Allee 10,
20097 Hamburg
Layout:
n.darwitz@lang-dv.de